Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen. Die achtgespaltene Kleinzeile kostet je mm 10 Groschen, auswärtige Anzeigen je mm 12 Gr. Reklame-mm 40 Groschen. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2

Fernsprecher Nr. 501 — Fernsprecher Nr. 501

Nr. 119 — Dienstag, den 2. August 1927 — 45. Jahrgang

Carols Kampf um den Königsthron

Eine Erklärung über die erzwungene Abdankung

Paris. Die Umgebung des Prinzen Carol von Rumänien veröffentlicht ein Kommuniquee, in dem u. a. erklärt wird, der vor 1½ Jahren von seiten Carols erfolgte Thronverzicht sei unter ernsten Umständen und von Personen erpreßt worden, aber die Carol es vorziehe, keine Einzelheiten zu berichten, noch ein Urteil zu fällen. Prinz Carol habe wie weiter versichert wird, nicht die Absicht irgend eine Agitation in Rumänien hervorzurufen. Als Rumäne habe er jedoch das Recht und die Pflicht, darüber zu wachen, daß die Größe der Nation nicht geschmälert werde. Er halte sich daher für ermächtigt, persönlich zu intervenieren. Er sei stets ein glühender und loyaler Patriot gewesen und werde es bleiben und habe nur den einen Wunsch, seinem Lande nützlich zu sein. Zum Schluß des Kommuniquees heißt es dann wörtlich: „Wenn das rumänische Volk einen Apell an ihn richten wird, wird Prinz Carol es für seine Pflicht halten, diesem zu gehorchen."

Diese Erklärung hat in Pariser politischen Kreisen lebhaftes Aufsehen erregt, umsomehr, als man dies mit dem in den letzten Tagen erfolgten Besuch von Sendboten des rumänischen Parteiführers Jorga in Zusammenhang bringt.

„Im „Matin" ergänzt Sauerwein die obige Auslassung nach einer Unterredung mit Carol noch darin, der Prinz sei davon unterrichtet worden, daß das strikte Verbot hinsichtlich seiner Teilnahme an den Beisetzungsfeierlichkeiten dem letzten Wunsche seines Vaters durchaus widersprochen habe. Seit seinem erzwungenen Thronverzicht habe sich die Lage in Rumänien geändert und die Zukunft des Landes erwecke ernstliche Befürchtungen, während zu jener Zeit sich die Zukunft unter den besten Auspizien gezeigt habe.

Das „Echo de Paris" verurteilt das Kommuniquee Carols scharf, besonders deswegen, weil er von einer etwaigen persönlichen Intervention spricht, von der man aber noch nicht wisse, wie sie durchgeführt werden könnte. Pertinax sucht darzutun, daß Prinz Carol auf Veranlassung des verstorbenen Königs hin nicht nur aller seiner Titel und seines Namens, sondern auch seiner väterlichen Macht entkleidet worden sei. Ueber die in Neuilly genährten Intrigen könne man hinwegsehen, wenn Rumänien nicht augenblicklich eine schwere Krise durchmachen würde. Zum Schluß gibt Pertinax dem Wunsche Ausdruck, daß Brittanu über die Schwierigkeiten und die Opposition Herr werden möchte und bis zum Jahre 1940 die Stabilität des Staates sichern könnte. Die Politik Brattanus bedeute die Aufrechterhaltung der kleinen Entente und die Verbindung mit den Westmächten.

Vertagung der Seeabrüstungskonferenz

Neue amerikanische Vorschläge

Genf. Die auf Montag, 1. August, einberufene Vollsitzung der Seeabrüstungskonferenz ist zunächst auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Der Beschluß ist in einer Aussprache gefallen, die Sonntag zwischen Lord Bridgeman und Gibson stattfand. Die Vertagung der Vollsitzung scheint auf den Wunsch der amerikanischen Delegation zurückzugehen, da die Antwort aus Washington auf die am Freitag übermittelten neuen englischen Abrüstungsvorschläge in Genf noch nicht eingetroffen ist. Die Lage ist infolgedessen heute noch unverändert kritisch, doch sieht man in Konferenzkreisen in der Tatsache der Vertagung der Vollsitzung zumindestens die Möglichkeit, einen sofortigen Abbruch der Konferenz zu verhindern.

Die amerikanische Delegation veröffentlicht einen neuen Vorschlag, nach dem eine politische Klausel in das Abrüstungsabkommen der Drei-Seemächte eingefügt werden soll.

Nach dieser Klausel ist jede der vertragsschließenden Mächte berechtigt, vor dem 31. Januar 1936 einen neuen Zusammentritt der drei Seemächtekonferenz zu fordern, falls eine der drei vertragschließenden Parteien die in dem Abkommen festgesetzte Gesamttonnage für die Kreuzer in einer Art und Weise zum Bau von Kreuzern verwendet, die der anderen Macht eine Abänderung der in dem Abkommen festgesetzten Gesamttonnage für die Kreuzer erforderlich erscheinen läßt. In einem solchen Falle kann die betreffende Macht nach vorheriger sechsmonatlicher Ankündigung den Zusammentritt der Konferenz der drei Seemächte fordern. Jedoch gilt diese Bestimmung erst vom 31. Januar 1931 ab. Sollte auf dieser Konferenz eine Einigung zwischen den drei Mächten nicht zustande kommen, so ist der einberufende Staat berechtigt, das Abkommen mit einjähriger Frist zu kündigen. In diesem Falle verliert das Abrüstungsabkommen auch gegenüber den beiden anderen vertragsschließenden Staaten seine Gültigkeit. Dieser neue amerikanische Vorschlag steht gegenwärtig im Vordergrund der Verhandlungen. Von englischer Seite wird vorläufig eine Stellungnahme zu der Einfügung dieser politischen Klausel in das Abrüstungsabkommen abgelehnt, doch wird darauf hingewiesen, daß nach dieser Klausel die von England geforderte Zweiteilung der Kreuzer zu 10 000 und 6000 Tonnen in Wegfall kommen würde. Die britische Regierung beabsichtigt, wie aus London gemeldet wird, im Falle eines Scheiterns der Konferenzverhandlungen die an der Konferenz beteiligten Parteien zu einer Formbindung zu veranlassen, kein neues Flottenprogramm aufzustellen. Gibson ist von Bridgeman und Lord Cecil bereits über einen derartigen englischen Plan unterrichtet. England wünscht danach, für eine zeitlich begrenzte Periode den Bau von großen Kampfkreuzern festzulegen. Während dieser Periode würde sich die britische Regierung verpflichten, keine weiteren 10 000 Tonnen Kreuzer auf Kiel zu legen. Amerika soll sich dagegen formal verpflichten, die in diesem englischen Kompromißvorschlag niedergelegten Ziffern in einem bestimmten Zeitraum nicht zu überschreiten. Japan hat bereits seine Zusicherung gegeben, die 5 : 5 : 3 Quote nicht zu überschreiten.

Widerstände bei den deutsch-französischen Verhandlungen

Paris. Das „Petit Journal" nimmt zu den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen Stellung, wobei es von einem „unverschämten Manöver (!) des Reiches" spricht, daß die Verhandlungen vom wirtschaftlichen auf das politische Gleis schieben wolle. Der Wunsch Deutschlands nach Wiederherstellung seiner Konsularorganisationen sei begreiflich, dem stünde jedoch das formelle Verbot des Artikels 281 des Versailler Vertrages gegenüber. Kein Artikel des Vertrages räume Deutschland den Genuß der Gegenseitigkeit hinsichtlich des den anderen Mächten durch Artikel 279 zugestandenen Rechtes ein, auf dem Boden des Reiches Konsularagenten zu ernennen, ohne daß Deutschland sich dem widersetzen könnte.

Man wird sich in Paris ernstlich überlegen müssen, ob man glaubt, mit derartigen gehässigen Kommentaren die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen günstig beeinflußen zu können. Zur Sache selbst kann gesagt werden, daß es keinen einzigen Artikel des Versailler Vertrages gibt, der Deutschland hindern könnte, daß ihm übrigens bisher noch nie bestrittene Recht auf Meistbegünstigung und völlige Gleichberechtigung im Handelsverkehr geltend zu machen. Es hat aber immer mehr und mehr den Anschein, als ob man in Frankreich die Verewigung eines vertragslosen Zustandes wünsche.

Prof. Waentig — Nachfolger Hörsings?

Berlin. Wie der „Vorwärts" zuverlässig hört, ist, nachdem Landsberg endgültig auf eine Kandidatur verzichtet hat, vom preußischen Ministerium des Innern der Landtagsabgeordnete Prof. Waentig aus Halle als Nachfolger Hörsings im Magdeburger Oberpräsidium in Vorschlag gebracht worden.

Annäherung zwischen Nikolajewitsch und Cyrill

Paris. Wie „La Presse" berichtet, soll sich zwischen den beiden russischen Thronprätendenten Nikolajewitsch und Cyrill eine Annäherung anbahnen. Nikolajewitsch beabsichtige, auf seine Ansprüche zu verzichten und Cyrill als den ältesten aus dem Hause Romanow als legitimen Thronerben anzuerkennen.

Amnestieforderungen der flämischen Katholiken

St. Trond. Der in St. Trond unter Vorsitz des Abgeordneten Vancauwelaert tagende Kongreß der flämischen Katholiken nahm einstimmig eine Entschließung an, in der die Begnadigung der verurteilten politischen Gefangenen gefordert wurde. An dem Kongreß nahmen mehrere 1000 Personen teil.

Der Kreuzzug des Lord Rothermere

Der englische Zeitungsmagnat und Faschistenführer Lord Rothermere machte vor einigen Wochen einen Autoausflug nach Ungarn und hielt sich zwei Tage im Hotel Ritz in Budapest auf. Bei dieser Gelegenheit soll er entdeckt haben, daß mit dem Friedensvertrag von Trianon Ungarn ein großes Unrecht zugefügt wurde, und seitdem rüstet er zu einem Kreuzzug zur Wiedergutmachung der Ungarn angetanen Unbill. Lord Rothermere ist der Besitzer mächtiger Zeitungsplantagen in England. „Daily Mail", das verlogenste reaktionäre Hetzblatt, und die „Evening News" erscheinen in einer täglichen Auflage von annähernd zweieinhalb Millionen Exemplaren; von den übrigen Zeitungen, die Lord Rothermere untertan sind, gar nicht zu sprechen. Wenn auch der politische Einfluß dieses Mannes mit seiner Zeitungsmacht in gar keinem Verhältnis steht, denn sehr ernst wird Lord Rothermere in seinem Vaterland eben nicht genommen, so ist der Besitzer einer so großen Meinungsfabrik doch ein nicht zu unterschätzender Verbündeter derjenigen ungarischen Kreise, die ihn für sich gewonnen haben. Seit der ungarischen Entdeckungsreise des Zeitungskönigs vergeht jetzt kaum ein Tag, an dem nicht irgendeine englische Kundgebung zugunsten der Revision des Friedensvertrages von Trianon erfolgen würde. Wenn es auch in England kein sehr seltenes und überwältigendes Ereignis ist, soll es doch vermerkt werden, daß sich aus den beiden Häusern des Parlaments ein Komitee der Freunde Ungarns gebildet hat, das seine Absicht kundgab, eine große parlamentarische Debatte über die Revisionsbedürftigkeit des Vertrages von Trianon ehestens herbeizuführen. Lord Rothermere bombadiert mit Telegrammen den tschechischen Außenminister Benesch, und dabei beeinflußt er sich eines so frechen und anmaßenden Tones, in dem selten ein einflußreicher Staatsmann von einem Zeitungsherausgeber angeflegelt wurde. In einem zweiten, gestern veröffentlichten Telegramm an Benesch verlangt er öffentliche Rechnunglegung über die Ergebnisse der tschechischen Bodenreform, soweit sie ungarisches Eigentum enteignete, und droht unverhohlen mit einem Druck des internationalen Börsenkapitals, und erklärt, daß das Verhältnis zwischen England und der Tschechoslowakei von den befriedigenden Aufklärungen abhängen wird, die der tschechische Minister ihm, dem Privatmann geben wird können! Aber auch sonst mehren sich die Stimmen, die für die Revision des ungarischen Friedensvertrages eintreten. Der französische Dichter Jules Romain in der Pariser „Illustration", die sehr angesehene englische Zeitschrift „Fortnightly Review" erheben dieselbe Forderung. Es ist nicht zu verkennen, daß da ein publizister Feldzug eingesetzt hat, dessen oberster Leiter eben Lord Rothermere ist.

In der Tschechoslowakei haben dreieinhalb Millionen Deutsche von dem nationalistischen Wahnsinn gewiß ebensoviel oder noch mehr zu leiden, als die nicht einmal eine Million zählende magyarische Bevölkerung. Das Unrecht, das den Deutschböhmen angetan wurde; ist auch rein zahlenmäßig betrachtet viel größer dennoch rührt es nicht die sehr lenkbare Entrüstung des englischen Zeitungsfaschisten. In dem der reinen Militärdiktatur unterworfenen Jugoslawien, noch mehr aber in dem von Bojaren und der Siguranza beherrschten Rumänien ergeht es den nationalen Minderheiten noch viel schlimmer als in der Tschechoslowakei. Aber die Bannflüche werden nur gegen die Tschechoslowakei geschleudert, gegen den noch am wenigsten antidemokratischen Staat unter den Nachfolgestaaten, gegen die konservative und reaktionäre Republik, die aber doch eine Republik ist, und gegen den slawischen Staat, von dem man annehmen muß, daß er niemals in einen offenen antirussischen Block hineingedrängt werden kann. Sowohl der slawische Solidaritätsgedanke, als auch der Einfluß der Arbeiterschaft und der demokratischen Kreise ist trotz aller reaktionärer Rückenentwicklung in der Republik zu stark, um eine solche auswärtige Politik zu ermöglichen. Lord Rothermere ist aber der journalistische Schildknappe Churchills und der scharfmacherischen Konservativen, die alle Hebel in Bewegung setzen, um Sowjetrußland einzukreisen; die willfährigen Staaten sollen belohnt, die widerspenstigen bestraft werden. Horthy-Ungarn ist eine Figur in diesem Schachspiel — dies ist der weltpolitische Hintergrund der Rothermere-Kampagne. Die Sorge um den bessarabischen Raub reiht Rumänien zwangsläufig in den antirussischen Ring ein. Aber Rumänien kann nicht marschieren, wenn es von einem nach der Rückgewinnung seiner alten Gebiete lüsternen Ungarn im Rücken bedroht wird. Die ungarische Irredenta von Siebenbürgen abzulenken und ihr eine Befriedigung auf Kosten der tschechoslowakischen Republik in Aussicht zu stellen, ist der wirkliche Sinn der englischen Pressekampagne. Es ist derselbe Gedanke, aus dem das Abenteuer der Frankenfälscher entstand, und es ist eine an sich gar nicht widernatürliche Solidarität, die von dem Prinzen Windischgrätz zu den englischen Scharfmachern führt.

Aber man könnte doch der Meinung sein: es ist gleichgültig, aus welchen Motiven gegen die Friedensverträge von ihren Urhebern Sturm gelaufen wird, es ist ein begrüßungswertes Ereignis, wenn Versuche unternommen werden, ihre Revision auf die Tagesordnung zu stellen. Die so denken, meinen, daß die imperialistischen Friedenverträge ein zusammenhängendes System bilden, und wird ein Stein aus dem Gebäude herausgeholt oder nur gelockert, dann wird das Ganze erschüttert. Es ist aber notwendig, sogar in dem Kampfe für eine an sich gerechte Sache die sich anbietenden Bundesgenossen anzusehen. Wie man allen

Grund hat, den plötzlich erwachten Anschlußwillen etwa der österreichischen Hausbesitzer mit dem größten Mißtrauen zu betrachten, so ist auch die Revisionsbegeisterung der englischen Faschistenführer ein Gewächs von höchst zweifelhaftem Werte. Die nationale Bedrückung der Deutschen in Südtirol und in Oberschlesien ist gewiß viel ärger als die der magyarischen Minderheit in der Slowakei. Das Anschlußverbot für Deutschösterreich in eine schlimmere Beugung des Selbstbestimmungsrechtes als alles, was dem magyarischen Volke und Staate widerfahren ist, auch dann, wenn man die magyarische These von dem Verlust von zwei Drittel des früheren ungarischen Gebiets und von dreieinhalb Millionen magyarischer Bevölkerung gelten läßt.

Diese magyarische These ist aber der größte politische Schwindel, der sich überhaupt denken läßt. und er wird nicht wahr, wenn er in der englischen reaktionären Presse verkündet wird. Wenn die magyarische Irredenta den Verlust der Slowakei als einen nationalen Verlust des Magyarentums beklagt, ist es dasselbe, als wenn Deutschösterreich den Verlust von Galizien als einen nationalen Verlust der Deutschen beklagen würde; wenn Siebenbürgen mit seiner überwiegend rumänischen und zum Teil deutschen Bevölkerung als nationaler Verlust der Magyaren betrachtet wird, so ist das nicht anders zu werten, als wenn Deutschösterreich den staatlichen Abfall der südslawischen Gebiete als einen nationalen Verlust des Deutschtums buchen würde. Gewiß hat Ungarn den übergroßen Teil seines früheren Staatsgebiets verloren, aber dieses Gebiet war in überwiegendem Teile erobertes Gebiet im wahren Sinne des Wortes, in dem die slowakischen und rumänischen Bauern der Fremdherrschaft der magyarischen Großgrundbesitzer und der magyarischen Bureaukratie unterworfen waren. Für diese Nationen, schon gar nicht zu sprechen von den Kroaten, brachte der Ausgang des Krieges die nationale Befreiung, war er der Vollstrecker der nationalen Revolutionen, wenn auch der Inhalt dieser nationalen Revolutionen durch den imperialistischen Krieg und Frieden verfälscht und wenn die neuentstandenen Staaten mit ihrer reaktionären, imperialistischen Politik auch alles getan haben, um die Freude über die nationale Befreiung sehr bald in eine Staatsverdrossenheit umzuwandeln. Da die neuen Nationalstaaten nicht durch Volksbewegungen, sondern durch die imperialistischen Mächte geschaffen wurden, wurden ihre Grenzen nicht nur nach nationalen Gesichtspunkten gezogen, sondern nach strategischen und wirtschaftlichen, und so gerieten in einigen Grenzgebieten größere magyarische Minderheiten unter Fremdherrschaft, als dies nach den ethnographischen und Siedlungsverhältnissen notwendig und gerecht gewesen wäre. Aber diese Grenzgebiete sind erst nach 1867 gewaltsam magyarisiert worden, und alle, nur die magyarischen Gewaltpolitiker haben kein Recht, sich gegen die Anwendung von Methoden aufzulehnen, die die rumänischen und tschechischen Nationalisten den Tiszas und Apponyis abgeguckt haben. Die großen Massen der Magyaren, die unter Fremdherrschaft gerieten, wohnen in geschlossenen Siedlungen innerhalb der neuen Staaten, etwa die Szekler in Siebenbürgen, und sie an Ungarn abzutreten wäre nur durch die Zertrümmerung dieser Staaten und durch die Rückgängigmachung des berechtigten Kerns der nationalen Revolutionen möglich.

Die Regierung für Arbeiterschutz

Ein Gesetzesentwurf zum Arbeiterschutz.

Freitag sandte das Arbeitsministerium an den Arbeitsrat einen Gesetzentwurf über die Bildung eines Rates für Arbeitsschutz. Dieser Rat würde ähnlich der bisherigen Räte beim Präsidium des Ministerrats gebildet werden und sich aus 45 gleichberechtigten Mitgliedern zusammensetzen, die zur Hälfte aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern bestehen würden. Den Vorsitz würde der Arbeitsminister oder ein von ihm bestimmter Beamter des Arbeitsministeriums inne haben. Die Mitglieder des Rates für Arbeitsschutz werden sich aus Fachleuten, wie Technikern, Aerzten, Wirtschaftlern und anderen, die mit den Fragen betreffend den Arbeitsschutz vertraut sind, zusammensetzen.

Zur Bearbeitung besonderer Fragen sieht der Entwurf die Einteilung der Mitglieder in drei Gruppen vor:

1. Die erste Gruppe für Versicherung gegen Arbeitsunfälle unter Beteiligung von Technikern und Spezialisten auf dem Gebiete der Versicherung vor Unfällen bei der Arbeit.

2. Für Arbeitshygiene unter Mitarbeit von Aerzten und

3. für Arbeitsschutz.

Die Regierung würde im Rat für Arbeitsschutz durch den Vorsitzenden vertreten sein. Außerdem hat jedes interessierte Ministerium das Recht, einen Vertreter zu den Sitzungen zu entsenden, der jedoch nur beratende Stimme hätte.

Wieder eine Spionageorganisation

Warschau. Der hiesigen politischen Polizei ist die Aufdeckung einer weit verzweigten Spionageorganisation gelungen. Bisher sind 17 Personen verhaftet worden. Bei den Verhafteten wurden erhebliche Geldsummen sowie belastende Dokumente aufgefunden.

Ultimative Forderungen an den dänischen König

Kopenhagen. In einer Massenversammlung der nordschleswigschen Selbstherrschaftspartei in Appenrade wurde eine Entschließung angenommen, in der folgende ultimative Forderungen an den dänischen König gestellt wurden: unabhängige Selbstherrschaft für Nordschleswig ohne politische und ökonomische Einmischung Dänemarks, Schadloshaltung für die Verluste, die durch die Finanzierung Nordschleswigs mit minderwertigen Kronen entstanden sind, Einstellung sämtlicher Zwangsmaßnahmen gegenüber zahlungsunfähigen Gutsbesitzern und Befreiung Nordschleswigs von den Ersatzleistungen für die Verluste der Landsmannsbank. In der Entschließung wird angekündigt, daß sich die Selbstherrschaftspartei, falls diese Forderungen bis zum 1. Oktober nicht erfüllt sein sollten, an den Völkerbund wenden werde, um Schutz und Ersatz für die Schäden zu suchen, die den Nordschleswigern vom Staate Dänemark zugefügt worden seien.

Gefängnisstrafe für einen französischen Abgeordneten

Paris. Der sozialistische Deputierte Chavagnes, der vor einiger Zeit mit seinem Auto einen Landwirt überfahren und sich durch die Flucht der Verantwortung zu entziehen versucht hatte, ist von der Strafkammer zu Blois wegen fahrlässiger Tötung zu drei Monaten Gefängnis bei sofortigem Strafantritt, 200 Franken Geldstrafe und 10 000 Franken Schadenersatz verurteilt worden.

Die Stärke der deutschen Minderheit in den europäischen Ländern

Ueber die Stärke der deutschen Minderheiten in den europäischen Staaten gibt folgende Zusammenstellung ein übersichtliches Bild:

	Einwohner in Millionen	Zahl der Deutschen in Millionen
Dänemark	3,300	0,40
Estland	1,100	0,30
Lettland	1,900	0,58
Litauen (Altlitauen)	2,000	0,31
Memel	130	100
Polen	27 000	1 500
Europ. Rußland	95 000	1 000
Asiat. Rußland	35 000	1 500
Tschechoslowakei	13 600	3 350
Rumänien	16 500	800
Südslawien	12 000	750
Italien	39 000	225
Ungarn	8 000	550

Verständigungstendenzen

Warschau. Die Beziehungen zwischen Polen und Litauen scheinen vor einer entscheidenden Wendung zu stehen. Auf polnischer Seite rechnet man damit, daß der Wunsch, sich mit Polen zu verständigen, schon in naher Zukunft in Litauen zum Durchbruch kommen werden.

Alle diese Entwickelungen bewegen sich sichtlich nicht in der von der nationaldemokratischen außenpolitischen Ideologie gewünschten Richtung — und scheinen [illegible] englischer Beeinflussung nicht frei zu sein. Daher legt man in politischen Kreisen den Gerüchten von der Abberufung Max Müllers nunmehr keine Bedeutung bei.

Die Anknüpfung von Gesprächen mit Moskau steht gar nicht im Widerspruche zum Gesamtbild, dessen wichtigster Bestandteil die Anbahnung einer Verständigung mit Deutschland ist.

*

Aus Riga wird gemeldet: Die lettische Tageszeitung „Brihva Semja" bringt aus Kowno die sensationelle Meldung, daß sich die litauische Regierung an die polnische Regierung und an die Westmächte mit einer Note wenden werde, in der sie davon Mitteilung macht, daß der Kriegszustand zwischen Polen und Litauen aufgehört hat.

Ob und inwieweit diese Meldung des lettischen Blattes zutrifft, ist schwer festzustellen. Für deren Unwahrscheinlichkeit spricht aber eine zweite Meldung, die der „Kurjer Warszawski" aus Kowno verbreitet. Danach organisiert der litauische Generalstab für die erste Hälfte des August große Manöver, die an der polnischen Grenze stattfinden sollen. An diesen Manövern nehmen fast die ganze litauische Armee, die Abteilungen für militärische Schulung sowie die Schauliten teil. Gerüchten zufolge soll der Manöverplan darauf beruhen, strategische Truppenbewegungen in einer Richtung auszuführen, die sich auf Wilna konzentriert. Eine der Angriffslinien soll die Richtung von Grodno, die andere die Richtung von Swieciany sein.

Laurahütte u. Umgebung

Amtliche Bekanntmachung. Laut Verfügung des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten werden alle Besitzer von Wäldern, Gärten, Feldern wie sonstigen Wald- und Baumkulturen mit Sträuchern aufgefordert, alle nur möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um sämtliche Schädlinge der Bäume und Sträucher zu vernichten. Zu diesem Zwecke sollen alle Stämme von Kulturanlagen mit einem Kalkanstrich versehen werden. Im übrigen ist die ehemalige Polizeiverfügung vom 12. Februar 1890, vom 23. Juli 1924, vom 3. März 1850, vom 1. April 1850, vom 30. Juli 1883, ferner das Forstgesetz vom 22. Februar 1838 und vom 30. Mai 1908 für die Wojewodschaft Schlesien maßgebend. Nicht Beachtung der Verfügungen wird Bestrafung nach sich ziehen und unter Umständen können die Baumschädlinge bezw. das Kalken der Bäume auf Kosten der Säumigen durch die Behörden angeordnet werden. Alle in Frage kommenden Eigentümer, Nutznießer, Pächter, Verwalter von Baumschulen, Obstgärten, Parkanlagen, Chausseen wie allen Wegen mit Bäumen, von Wäldern und Feldern werden auf die Entfernung von Moos, Brut, Puppen, Raupen, Blattläusen wie allen übrigen Schädlingen, besonders hingewiesen, um der völligen Vernichtung der Obsternte vorzubeugen.

Schwerbestrafter Schmuggel. Ein gewisser Franz Litinski aus Baingow und Paul Droscha aus Michalkowitz hatten sich wegen Schmuggel vor der Zollstrafkammer Kattowitz zu verantworten. Litinski schmuggelte mit seinem Freunde Fojczyk im „en gros" und schaffte im Monat Mai einen Sack mit 1400 deutschen Zigarren über die Grenze, welche dieser in der Wohnung des Drosda unterbrachte. Die Polizei war dem Schmuggel schon lange auf der Spur. In der Wohnung wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen und die Ware konfisziert. Während es gelang, den Litinski und Drosda [illegible]nehmen, verschwand der Mitschuldige Fojczyk über die Grenze. Vor Gericht gestand Litinski ohne weiteres alles ein, während Drosda beteuerte, an dem fraglichen Tage auf dem Felde gearbeitet und erst von seinem minderjährigen Sohne erfahren zu haben, daß in seiner Abwesenheit die Zigarren nach der Wohnung gebracht wurden. Er bestritt energisch, mit den Schmugglern gemeinsame Sache gemacht zu haben. Während Litinski zu einer Geldstrafe von 21 000 Zloty verurteilt wurde, bei einer Anrechnung von 300 Zloty pro Tag, mußte Drosda diesmal mangels genügender Beweise freigesprochen werden. — Gefaßt wurde an der Grenze ferner der Schmuggler Anton Szataw aus Cynkow. Der Genannte führte bei sich „nur" 10 Kilogramm Rauchwaren mit, welche gleichfalls konfisziert wurden. Dieser Mann gab vor Gericht an, gleich beim ersten Versuch ertappt worden zu sein. Infolge Arbeitslosigkeit wollte er sich eine Verdienstmöglichkeit schaffen. In diesem Falle betrug die Geldstrafe 6000 Zloty.

Gottesdienstordnung:

Katholische Pfarrkirche Siemianowitz.

Dienstag, den 2. August 1927:

1. hl. Messe zur allerhlg. Himmelskönigin und hl. Alfons auf die Int. Alfons Guse.

2. hl. Messe auf die Int. des 3. Ordens.

3. hl. Messe von der poln. Marianischen Kongregation und Aspirantinnen für Kaplan Präses.

Um 8 Uhr Begräbnismesse für verst. Marie Koßmann.

Evangelische Kirchengemeinde Laurahütte.

Dienstag, den 2. August 1927:

7½ Uhr Jungmädchenverein.

Aus der Wojewodschaft Schlesien

Rybnik und Umgebung.

Sterbend aufgefunden. Am vergangenen Sonnabend vormittag gegen 8 Uhr wurde der Schlosser Josef Gosdek aus der Rybniker Eisenbahnbetriebswerkstatt, auf Gleis 18 liegend, sterbend aufgefunden. Der Verunglückte, der am Kopf verletzt war, muß beim Ueberschreiten des Gleises so folgenschwer gestürzt sein, daß er liegen blieb. Andererseits ist aber nicht ausgeschlossen, daß er gepuffert wurde. G., der unverheiratet und aus Posen stammt, wurde von seinen Arbeitskollegen schleunigst in das St. Juliuskrankenhaus geschafft. Auf dem Wege dorthin verstarb er.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.
Druck u. Verlag: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp. Katowice, Kosciuszki 29.